

Stetiges Wachstum - Solide Finanzen

Koalition beschließt umfangreiches Maßnahmenpaket

Die christlich-liberale Koalition hat beim Koalitionsausschuss in dieser Woche erneut unter Beweis gestellt, dass sie weiter ein Garant für stetiges Wachstum, solide Finanzen und einen starken Zusammenhalt in unserem Land ist. Mit großer Einigkeit haben CDU, CSU und FDP zahlreiche weitere Vorhaben zur Fortsetzung ihrer erfolgreichen Politik auf den Weg gebracht.

Der Koalitionsausschuss, dem für die CSU-Landesgruppe deren Vorsitzende Gerda Hasselfeldt und der Parlamentarische Geschäftsführer Stefan Müller angehören, hat sich in seiner Sitzung am 4. März mit verschiedensten Maßnahmen befasst und die Umsetzung weiterer Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag beschlossen.

Zunächst hat die christlich-liberale Koalition ein Paket zur Rechtspolitik geschnürt, mit dem zentrale Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt werden. So soll das Jugendstrafrecht überarbeitet und ein sogenannter „Warnschussarrest“ eingeführt werden. Gleichzeitig wird die Höchststrafe für jugendliche schwerstkriminelle von derzeit 10 auf künftig 15 Jahre angehoben. Neben dem Jugendstrafrecht soll auch das elterliche Sorgerecht modernisiert und das gemeinsame Sorgerecht nicht miteinander verheirateter Eltern reformiert werden. Die Rechte der Väter sollen gestärkt und das Antragsverfahren für die gemeinsame Sorge erleichtert werden. Dadurch wird gewährleistet, dass auch der Vater zügig das Sorgerecht erhalten kann, wenn dies dem Kindeswohl entspricht. Weitere rechtspolitische Themen wie das Verbot der gewerblichen Sterbehilfe und die Änderung des Urheberrechts sind ebenfalls Teil des von der christlich-liberalen Koalition beschlossenen Maßnahmen-Bündels zur Rechtspolitik.

Einen weiteren Schwerpunkt des Koalitionsausschusses bildete der Fahrplan 2012 zur Umsetzung des Energiekonzepts. In allen wichtigen Bereichen wurden konkrete Inhalte und Umsetzungsziele vereinbart. Die Schwerpunkte der Energiepolitik liegen dabei bei den Erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz, der Netzpolitik und dem Kraftwerks- und Speicherbau.

Ebenfalls im Koalitionsvertrag zugesagt war, die Verbraucher bei Finanzprodukten besser vor Verlusten und fehlerhafter Finanzberatung zu schützen. Speziell für diese Aufgabe wird die Stiftung Warentest zukünftig jährlich 1,5 Mio. Euro zusätzlich erhalten. Damit soll die Stiftung personell aufgestockt werden und umfangreichere Beratung bei Finanzprodukten anbieten können. Die Rechte der Verbraucher werden auch dadurch gestärkt, dass sowohl die Missbrauchsaufsicht im Energiesektor als auch das Verbot des Verkaufs von Lebensmitteln unter Einstandspreis verlängert werden.

Darüber hinaus hat die Koalitionsführung beschlossen, das Wettbewerbs- und Kartellrecht zu reformieren. Ziel des von der Koalition auf den Weg gebrachten Maßnahmenpakets ist es, die Vielfalt durch kleine Betriebe zu erhalten, den Mittelstand zu stärken und den großen, international agierenden Unternehmen weitere Wachstumsmöglichkeiten zu eröffnen.

**Große Einigkeit
in Koalition**

Sehr geehrte Damen und Herren,

Als örtlicher Bundestagsabgeordneter liegt mir das Projekt NS-Dokumentationszentrum München seit mehr als einem Jahrzehnt am Herzen. Das entstehende NS-Dokumentationszentrum München wird ein besonderer Lern-, Erinnerungs- und auch Besinnungsort an die deutsche Geschichte.



Es ist richtig, Geschichte und Gedenken an einem authentischen Ort zu vermitteln, auch wenn dies ein Ort der Täter war. Umso mehr muß das zukünftige Konzept des NS-Dokumentationszentrums auf diesen besonderen Aspekt eingehen.

Der entscheidende finanzielle Durchbruch für die Errichtung des NS-Dokumentationszentrums in München wurde mit der erstmaligen Bereitstellung von Haushaltsmitteln durch Beschluß des Bundestages am 14.09.2007 für das Jahr 2008 mit damals 728.000 Euro und für das Jahr 2009 mit 9,1 Mio. Euro im Haushalt des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien erreicht. Damit war die Basis für die gemeinsame Gesamtfinanzierung der rund 28,2 Mio. Euro durch Bund, Freistaat und Landeshauptstadt gelegt.

Die Maxvorstadt wird damit immer mehr zum herausragenden Museumsviertel mit einer weltweit einzigartigen Kombination aus Kultur, Geschichte, Erinnerung und Kunst.

Mit freundlichen Grüßen



Vertrauensschutz wird gewährleistet

Interessengerechte Lösung bei der Solarreform

Die Solarförderung für Dachanlagen sollte ursprünglich bereits zum Stichtag am 9. März gekürzt werden. Die CSU-Landesgruppe hat sich erfolgreich gegen diese abrupte Kürzung eingesetzt und für den Vertrauensschutz der Betroffenen stark gemacht. Nun wird die Solarförderung für Dachanlagen erst ab dem 1. April gekürzt.

Der Bundestag hat sich in dieser Woche mit der von der christlich-liberalen Koalition auf den Weg gebrachten Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) befasst. Danach soll die sogenannte Einspeisevergütung für Strom aus Solaranlagen zukünftig je nach Größe der Anlage um 20 bis 30 Prozent gesenkt werden.

Die niedrigeren Fördersätze gelten für alle Photovoltaik-Dachanlagen, die ab dem 1. April in Betrieb genommen werden. Dieser Stichtag gilt grundsätzlich auch für Freiflächenanlagen. Dank der nun gefundenen Übergangsregelung werden jedoch Photovoltaik-Freiflächenanlagen, für die vor dem 1. März ein Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan gefasst wurde

und die bis zum 30. Juni in Betrieb genommen werden, weiterhin mit den bisherigen Vergütungssätzen gefördert. Geplant war ursprünglich, als Stichtag bereits den 9. März gesetzlich zu verankern. Doch weil für die CSU-Landesgruppe klar war, dass geschützt werden muss, wer im Vertrauen auf die geltenden Fördersätze investiert hat, haben sich die christlich-sozialen Abgeordneten für einen späteren Stichtag eingesetzt. Die Kürzung der Einspeisevergütung wurde erforderlich, weil sich die bisherigen Vergütungssätze angesichts der drastisch gefallen Preise für Solaranlagen als zu hoch erwiesen hatten. Zum Schutz unserer Haushalte und Unternehmen – die als Endkunden die Solarstromförderung über die EEG-Umlage mit

bezahlen – muss die Einspeisevergütung deshalb gekürzt werden. Nur so ist es möglich, die Kosten für die Stromkunden im Bereich von 3,5 Cent je Kilowattstunde zu halten.

Wichtig war den Mitgliedern der CSU-Landesgruppe bei der Solarreform auch, dass der Einsatz von Speicheranlagen zukünftig stärker gefördert wird und der Bundestag bei künftigen Anpassungen der EEG-Vergütung auch weiterhin ein Mitspracherecht behält. Die nun beschlossene Änderung des EEG bringt unsere Energiewende weiter voran. Denn während die Kosten der EEG-Förderung gesenkt werden, bleibt ein dynamischer Ausbau der Erneuerbaren Energien weiterhin möglich.

Diese Woche

Stetiges Wachstum - Solide Finanzen Koalition beschließt umfangreiches Maßnahmenpaket	1
Vertrauensschutz wird gewährleistet Interessengerechte Lösung bei der Solarreform	2
Gemeinsame Lösung gefunden Durchbruch beim Thema Organspende	2
Freiheit als gemeinsames Grundthema Joachim Gauck stellt sich der CSU-Landesgruppe vor	3
Weltfrauentag Erfolgreiche Frauenpolitik	3
Die Landesgruppe im Gespräch Was Europa besser machen kann	4
Neue Koalitionsarbeitsgruppe eingesetzt Leben auf dem Land muss Zukunft haben	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Gemeinsame Lösung gefunden

Durchbruch beim Thema Organspende

Auf Initiative der christlich-liberalen Abgeordneten ist es gelungen, in Gesprächen mit allen Fraktionen eine Lösung zu finden, mit der die Bereitschaft der deutschen Bevölkerung zur Organspende erhöht werden soll. Eine sogenannte „Entscheidungslösung“ soll sicherstellen, dass zukünftig mehr Bürgerinnen und Bürger sich zur Organspende bereit erklären.

Vertreter aller Bundestagsfraktionen haben sich darauf verständigt, das Transplantationsgesetz zu ändern. Ziel der Änderung ist es, die Organspendenbereitschaft in der Bevölkerung zu fördern. Demnach sollen in Zukunft alle Bürgerinnen und Bürger regelmäßig befragt werden, ob sie bereit sind, ihre Organe zu spenden. Vorgesehen ist, dass alle Bürger über 16 Jahre von ihren Krankenkassen in regelmäßigen Abständen per Post angeschrieben und über das Thema Organspende informiert werden. Mit dem Anschreiben werden die Bürgerinnen und Bürger aufgefordert, eine Erklärung über ihre Bereitschaft zur Organspende abzugeben. Diese Aufforderungen sollen erstmals nach Inkrafttreten des Gesetzes, dann nach weiteren zwei Jahren und später alle fünf Jahre

verschickt werden. Darüber hinaus ist vorgesehen, dass Behörden zukünftig bei der Ausgabe von amtlichen Dokumenten – wie dem Reisepass oder dem Führerschein – Informationen zur Organspende ausgeben. Daneben soll zukünftig auf der Versicherungskarte abgespeichert werden, ob der Versicherte zur Organspende bereit ist. Mit der vereinbarten Neuregelung sollen die Bürger umfassend über das Thema informiert und mögliche Zweifel und Ängste ausgeräumt werden. Wichtig ist dabei, dass die Erklärung in jedem Fall freiwillig erfolgt. Die Menschen sollen nicht zur Organspende gezwungen, sondern von deren Notwendigkeit überzeugt werden. Der Bundestag wird sich voraussichtlich am 22. März erstmals mit der Änderung des Transplantationsgesetzes befassen.

Freiheit als gemeinsames Grundthema

Joachim Gauck stellt sich der CSU-Landesgruppe vor

Der designierte Bundespräsident, Dr. h.c. Joachim Gauck, war in dieser Woche zu Gast bei der CSU-Landesgruppe. Bei seinem Gespräch mit den christlich-sozialen Abgeordneten stellte er klar, dass er sich als Bundespräsident weiter für Freiheit und Demokratie einsetzen möchte. Damit stellt Joachim Gauck aus Sicht der CSU-Landesgruppe einen hervorragenden Kandidaten für das Amt des Bundespräsidenten dar.

Beim Gespräch der CSU-Landesgruppe mit Joachim Gauck wurde einmal mehr deutlich, dass seine Wertevorstellungen mit denen der christlich-sozialen Union in weiten Teilen übereinstimmen. Als Bundespräsident möchte Joachim Gauck weiter für die Freiheit in unserem Land kämpfen. Sein Einsatz für die Freiheit verbinde ihn in besonderem Maße mit der CSU, denn auch die christlich-soziale Union habe sich stets für Freiheit und Demokratie in unserem Land stark gemacht – so Joachim Gauck beim Gespräch mit den christlich-sozialen Abgeordneten.

Der Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten unterstrich in seiner 90-minütigen Vorstellung die gemeinsamen Wertevorstellungen mit der Union und betonte, dass er sich auf eine erfolgreiche Zusam-

menarbeit mit den christlich-sozialen Bundestagsabgeordneten freue. In seiner Vorstellungsrede lobte er die Arbeit der christlich-liberalen Koalition



Foto: Henning Schacht

Gerda Hasselfeldt begrüßt den designierten Bundespräsidenten Joachim Gauck

und stellte sich ausdrücklich hinter die Parteien und die repräsentative Demokratie. „Ohne die Kraft und die Mitwirkung der Parteien wäre die Gestaltung der Politik unendlich viel

schwerer“ zeigte er sich überzeugt. Dies werde er auch als Bundespräsident den Menschen weiter verdeutlichen.

Daneben möchte Joachim Gauck als Bundespräsident Politik ohne Angst betreiben. Noch nie sei es den Menschen so gut gegangen wie heute und doch haben die Menschen mehr Ängste als je zuvor. Die christlich-sozialen Abgeordneten haben bei dem Gespräch mit dem ehemaligen Pfarrer und Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen den Eindruck gewonnen, dass Joachim Gauck sich als Bundespräsident auch für die Wertevorstellungen der CSU einsetzen wird. Die Mitglieder der CSU-Landesgruppe zeigten sich nach dem Gespräch überzeugt, dass Joachim Gauck ein guter Bundespräsident sein werde.

Weltfrauentag

Erfolgreiche Frauenpolitik

Anlässlich des 101. Internationalen Frauentags hat sich der Bundestag am Donnerstag mit dem Gleichstellungsbericht der Bundesregierung befasst und aus der erfolgreichen Frauenpolitik der christlich-liberalen Koalition Bilanz gezogen. Im Rahmen der Debatte im Bundestag wurde deutlich, dass der von der Union in Auftrag gegebene Gleichstellungsbericht einen Meilenstein in der Frauenpolitik darstellt. Die christlich-liberale Koalition wird nun dafür Sorge tragen, dass die Forderungen aus dem Bericht zügig umgesetzt und der erfolgreiche Kurs weiter fortgesetzt wird. Dass die Koalition zuverlässige Gleichstellungspolitik betreibt, hat sie in der Vergangenheit bereits mehrfach unter Beweis gestellt – unter anderem beim Ausbau der Kinderbetreuung und dem Erfolgsmodell Elterngeld.

++++ Blick nach links +++++ Blick nach links +++++

Freund lupenrein

„Gute Freunde kann niemand trennen“ – so trällerte einst Franz Beckenbauer. Daran scheint sich auch Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) zu erinnern und springt pflichtschuldiger seinem Freund Wladimir Putin bei. Über dessen erneute Wahl zum russischen Präsidenten hängen – wie bei allen Wahlen der letzten Jahre – schwere Zweifel und Betrugsvorwürfe. Die OSZE berichtet von Unregelmäßigkeiten bei der Auszählung in jedem dritten (!) Wahllokal. Die Bedingungen seien „eindeutig zugunsten eines Kandidaten, des derzeitigen Premiers Wladimir Putin, verzerrt“ worden. Den deutschen Altkanzler scheint das nicht zu stören. Vom Deutschlandfunk befragt zu seiner früheren Einlassung, Putin sei ein lupenreiner Demokrat, antwortete er: „Ich habe nichts daran abzustreichen.“ Nichts „abzustreichen“ haben wir demzufolge an unserer Meinung über den Altkanzler.

Zeigefinger ab

Die politische Linke in der Schweiz bangt um ihr wertvollstes Körperteil: den erhobenen Zeigefinger. Wie die Basler Zeitung schreibt, hätten Sozialdemokraten und Grüne die bürgerlichen Parteien bisher „mantraartig“ für die Annahme von Unternehmensspenden kritisiert und gleichzeitig selbst verzichtet. Das war insofern keine Leistung, als viele Großunternehmen die beiden Parteien gar nicht unterstützen wollten. Nun aber möchten zwei der drei größten Schweizer Banken – Credit Suisse und Raiffeisen – an alle größeren Parteien spenden. Kaum angeboten, haben die sechsstelligen Summen zum Bewusstseinswandel geführt: Die Grünen haben der Raiffeisen-Spende bereits zugestimmt und auch bei den Sozialdemokraten mehren sich die Befürworter. Darunter der Schweizer Juso-Chef David Roth – ein besonders eifriger Bankenkritiker. Amtsärztlicher Befund: Der Zeigefinger ist ab.

Die Landesgruppe im Gespräch

Was Europa besser machen kann

Dr. Edmund Stoiber hat erst kürzlich dem Kommissionspräsidenten Barroso den Bericht seiner Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau überreicht. In dieser Woche war der ehemalige Bayerische Ministerpräsident und Parteivorsitzende zu Besuch bei der CSU-Landesgruppe und hat mit den christlich-sozialen Abgeordneten über seine Tätigkeit in Brüssel gesprochen.

Edmund Stoiber hält die Europäische Bürokratie für zu undurchsichtig und zu teuer. Deshalb setzt er sich seit nunmehr vier Jahren in Brüssel konsequent für den Abbau unnötiger Bürokratie ein. Als Leiter der hochrangigen Arbeitsgruppe für Bürokratieabbau der EU-Kommission kämpft er mit Erfolg gegen Verwaltungslasten und Überreglementierung in der Europäischen Union. Über 300 Abbauvorschläge mit einem Einsparvolumen von ca. 41 Milliarden Euro hat seine Arbeitsgruppe zwischenzeitlich vorgelegt. Maßnahmen mit Einsparungen von rund 27 Milliarden Euro wurden bereits umgesetzt.

Die europäischen Vorgaben werden in Deutschland meist übererfüllt und übervorsichtig umgesetzt.

Deshalb sei die Einführung eines Kontrollgremiums nach dem Vorbild des deutschen Normenkontrollrats



Foto: CSU-Landesgruppe
CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt im Gespräch mit Edmund Stoiber

eines seiner Hauptziele – so Edmund Stoiber. In seiner Rede betonte er die Bedeutung des Bürokratieabbaus für kleinere Unternehmen und den Mit-

telstand, die vom undurchsichtigen Bürokratieapparat besonders betroffen sind. Die Arbeitsgruppe um den ehemaligen Ministerpräsident fordert deshalb, EU-Richtlinien zukünftig vorausschauender zu erlassen und weitere Verwirrungen zu vermeiden.

Dieser Forderung schlossen sich die Mitglieder der CSU-Landesgruppe an, denn der Abbau unnötiger Bürokratie auf europäischer Ebene liegt auch im Interesse der nationalen Politik. Die christlich-sozialen Abgeordneten freuen sich deshalb über die erfolgreiche Arbeit von Edmund Stoiber beim Bürokratieabbau und zeigten sich dankbar, mit ihm einen überaus erfahrenen und engagierten Kollegen für diese anspruchsvolle Aufgabe gefunden zu haben.

Neue Koalitionsarbeitsgruppe eingesetzt

Leben auf dem Land muss Zukunft haben

Auf dem Land ist der demografische Wandel seit längerem schon spürbar. Die Geburtenraten sind rückläufig, den Firmen fehlt es zum Teil an Arbeitskräften. Damit Familien und Unternehmen dort weiterhin gute Lebens- und Arbeitsbedingungen vorfinden, hat die christlich-liberale Koalition die Arbeitsgruppe „Ländliche Räume, regionale Vielfalt“ eingesetzt.

Nach neuen Prognosen wird die Einwohnerzahl in Deutschland bis zum Jahr 2060 trotz Zuwanderung um voraussichtlich 12 bis 17 Millionen Einwohner sinken. Vor allem die ländlichen Regionen sind von dieser Entwicklung besonders betroffen und die Bevölkerung auf dem Land wird nach und nach zurückgehen.

Die von der christlich-liberalen Koalition nun ins Leben gerufene Arbeitsgruppe soll deshalb dazu beitragen, dass das Leben und Arbeiten auf dem Land weiterhin attraktiv bleibt und die große regionale Vielfalt in unserem Land erhalten bleibt. Die Arbeitsgruppe wird sich mit fünf unterschiedlichen Themenkomplexen beschäftigen: Der wirtschaftlichen Regionalförderung, dem Internet-ausbau, der Verkehrsinfrastruktur, der

medizinischen Versorgung und dem Tourismus in Deutschland.

Einen Schwerpunkt der Arbeit wird dabei der Ausbau des schnellen Internets in allen Regionen – und insbesondere in den ländlichen Räumen – darstellen. Daneben soll mit verschiedenen Maßnahmen der lückenlose Ausbau der Verkehrsinfrastruktur weiter vorangetrieben und die gleichwertige soziale Entwicklung sichergestellt werden. Auch die Frage, wie man dem Ärztemangel in den ländlichen Regionen besser begegnen kann, soll von der Arbeitsgruppe geklärt werden. Zwar wurden bereits Maßnahmen gegen den Ärztemangel ergriffen, doch die Verbesserung der Vergütungsstruktur reicht oftmals nicht aus, um den Mangel beheben zu können.

Ein Hauptaugenmerk wird die Arbeitsgruppe auch auf die Stabilisierung der Wirtschaft im ländlichen Raum legen. Denn nur eine gesunde Wirtschaft kann feste Arbeitsplätze bieten. Weitere erklärte Ziele der Arbeitsgruppe sind die Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie der Kinderbetreuung.

Neben den sozialen Projekten soll die Arbeitsgruppe auch die Flächennutzung überarbeiten und ein nachhaltiges und ausgewogenes Verhältnis zwischen Landwirtschaft und Besiedelung schaffen. Die in der Arbeitsgruppe beschlossenen Maßnahmen sollen auch den Tourismus in Deutschland weiter fördern. Konkrete Pläne und Ergebnisse wird die Arbeitsgruppe bereits in wenigen Monaten vorlegen.